

Ausführliche Stellungnahme der Jugendverwaltung zur Situation der Kinder und Jugendlichen innerhalb der Corona-Pandemie

Inhalt:

1. **Wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche**
Studienergebnisse
2. **Empfehlungen für Maßnahmen aus den Studienergebnissen**
3. **Praxisberichte zur Kinder- und Jugendarbeit während der Pandemie**
 - 2.1. Jugendarbeit / Streetwork (512/2)
 - 2.2. Jugendberufshilfe (512/4)
 - 2.3. Jugendpflege (512/5)
 - 2.4. Bezirksjugendämter / Allgemeiner Sozialer Dienst (515)
 - 2.5. Schulsozialarbeit (404/6)

1. **Wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche –Studienergebnisse**

Von der Pandemie sind alle Familien betroffen, für ca. 20 – 25% der Kinder und Jugendlichen ergeben sich dauerhafte Benachteiligungen und erhebliche gesellschaftliche Folgeprobleme. Während Familien also ihren Alltag räumlich viel enger beieinander verbringen mussten, waren zugleich -vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Angst um die eigene Gesundheit und die der Familie- mehr Aufgaben zu bewältigen (Cohen 2020). Dies stellte sämtliche Familienmitglieder vor neue Herausforderungen. Soziale Ungleichheiten und Risiken für Kinder werden durch die Krise weiter verschärft. Kinder und Jugendliche sind von der COVID-19-Pandemie und den behördlichen Eindämmungsmaßnahmen besonders betroffen. Bei Kindern und Jugendlichen traten neben erheblichen Lernrückständen häufig Symptome von Angst und Depression sowie eine geminderte Lebensqualität auf. Die Schließungen der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen und der damit einhergehende Verlust der gewohnten Tagesstruktur, Kontaktabbrüche und dem eigenständigen Lernen zu Hause stellten erhebliche Herausforderungen für betroffene Kinder und deren Familien dar. Die Zunahme von Mediennutzung seitens der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen ab Grundschulalter wurde von allen wissenschaftlichen Studien festgestellt, ebenso wie das Stresserleben und damit einhergehende Veränderungen des Alkoholkonsumverhaltens.

- Laut der **COPSY-Studie** (Corona und Psyche) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf wird festgestellt, dass ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie fast jedes dritte Kind unter psychischen Auffälligkeiten leidet. Sieben von zehn Kindern geben eine geminderte Lebensqualität an. Während der Krise stieg das Risiko für psychische Auffälligkeiten von rund 18 Prozent vor Corona auf 31 Prozent. Häufige Auffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen sind Hyperaktivität, emotionale Probleme und Verhaltensprobleme. Ebenfalls traten vermehrt psychosomatische Beschwerden auf. Vor allem Kinder, deren Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss beziehungsweise einen Migrationshintergrund haben, erlebten die Corona bedingten Veränderungen als äußerst schwierig. Auch das Gesundheitsverhalten leidet mit dem andauernden Lockdown immer stärker: Zehnmal mehr Kinder als vor der Pandemie und doppelt so viele wie bei der ersten Befragung machen überhaupt keinen Sport mehr. Besonders betroffen sind von all diesen Entwicklungen Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund. Obwohl die aktuelle Studienlage zeigt, dass viele Familien die Zeit während der Eindämmungsmaßnahmen überwiegend gut meisterten, führt räumliche Enge und fehlende Ausweichmöglichkeiten während der Eindämmungsmaßnahmen zu erhöhtem familiärem Stress, gehäufte familiärer Aggression und zu häuslicher Gewalt. Da Freizeit- und Bildungseinrichtungen während der Pandemie weitestgehend geschlossen sind, bleiben die gesundheitlichen Auffälligkeiten weitestgehend unentdeckt. Daher sollte bei möglichen zukünftigen Pandemien oder weiteren Wellen der COVID-19-Pandemie die Bedürfnisse von Heranwachsenden und deren Familien stärker berücksichtigt werden. Im Fokus sollten hier besonders Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien und Familien mit Migrationshintergrund stehen.

- Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben den Alltag vieler Familien in erheblichem Umfang verändert. Wie es Eltern und ihren Kindern damit geht, wie ihr aktuelles Wohlbefinden ist, was ihren Alltag kennzeichnet, wie die Passung zu den Regelungen der Kitabetreuung, Schulöffnung und auch der Arbeitgeber*innen ist – dies waren die Kernfragen der **Onlinebefragung „KiCo“, welche im Zeitraum vom 24.04.2020 bis 03.05.2020** durchgeführt wurde. Mehr als 25.000 Eltern haben an der Befragung teilgenommen. Laut der Studie fühlen Familien sich von der Politik alleingelassen und mit ihren Belangen nicht ernst genommen. Sie leiden unter großen Belastungen und wünschen sich eine stabile und verlässliche Infrastruktur zurück. Viele Mütter beschreiben ihre Situation als Bündel von Erschöpfung, Schuldgefühlen und Existenzängsten. Bei einem direkten Vergleich zwischen Kita und Schule zeigt sich zudem, dass die Zufriedenheit mit der Betreuungssituation bei Kitakindern niedriger ist als bei Schulkindern.
- Laut der 2. Auflage der **JuCo-Studie des Forschungsverbunds „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“** der Universität Hildesheim und Frankfurt (JuCo 2) sind die persönlichen Zukunftsängste der jungen Generation sind im Laufe des Jahres 2020 gestiegen. Besonders betroffen sind auch hier Jugendliche, die von Haus aus wenige Ressourcen mitbringen, sowie junge Menschen, die am Übergang Schule/Beruf stehen. Die Studie beschreibt ein starkes Bedürfnis sehr vieler junger Menschen, ihre individuelle Perspektiven und Sorgen mitteilen zu wollen. Sie sich in ihren jugendlichen Interessen missachtet und auf eine Rolle – vor allem die der/des Lernenden – reduziert. Jugendarbeit zeichnet sich dadurch aus, soziale Kompetenzen zu fördern und zugleich junge Menschen darin zu bestärken, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich in unterschiedlichen Bereichen zu engagieren. Gerade hier stecken auch weiterhin und während der Pandemie, die viele Unsicherheiten mit sich bringt, das Potential, junge Menschen zu unterstützen, Beteiligungsstrukturen zu etablieren und Belastungen aufzufangen. Bewegungsangebote sind weggebrochen, nur wenige nehmen digital teil, das Leben pausiert und dies hat Auswirkungen auf das psychosoziale Wohlbefinden. Dass viele junge Menschen sich seit der Corona Pandemie zunehmend psychisch belastet fühlen, zeigten bereits andere Studien.³⁰ Die Ergebnisse der JuCo-Studie schließen sich hier an (vgl. Abbildung 8). Insgesamt fühlen sich 64,1 Prozent der Befragten 15bis 30-Jährigen teilweise bis deutlich psychisch belastet. 60,7 Prozent stimmen zum Teil bis voll zu, sich einsam zu fühlen, und für 68,7 Prozent sind Zukunftsängste ein Thema, welches sie belastet.
- Die Analysen der amtlichen Statistik werden über den **Survey des DJI „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A)** mittels detaillierte Einblicke in die Lebensbedingungen und die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen ergänzt.
- Eine eigene **Studie des DJI zur Situation der Kinder im Frühjahr 2020** bestätigt die Zunahme von emotionalen Probleme wie Niedergeschlagenheit, Ängste und Sorgen sowie mit Hyperaktivität haben mehr Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien zu kämpfen (44 Prozent vs. 18 Prozent // 39 vs. 18 Prozent) – und zwar umso mehr, je angespannter die Eltern ihre wirtschaftliche Situation empfinden. Auch wenn viele Kinder die mehr in den Familien verbrachte Zeit positiv empfinden, so sind sie gleichermaßen verstärkt mit Ängsten konfrontiert, besonders in den Familien mit chaotischer Tagesordnung und konflikthaltigem Thema, was bei jeder 22% der teilnehmenden Familien der Fall war. Bei 37,4 % der Teilnehmer der DJI-Studie hat sich der Alkoholkonsum erhöht, insbesondere bei denen mit niedriger Schulbildung und weniger stabilen Tagesstruktur. Der festgestellte erhöhte Alkoholkonsum führt zu Veränderungen in der neuroendokrinen Stressantwort mit Dysregulation der Cortisol Ausschüttung und Defiziten in der Emotionsregulation. Neurobiologische Veränderungen im Rahmen eines chronisch erhöhten Alkoholkonsums vermitteln in Kombination mit sozialem Stress und Ängsten die Zunahme von Aggressionen. Infolge des Lockdowns könnte sich gerade in der Gruppe der Studienteilnehmer mit einem niedrigen sozioökonomischen Status nicht nur die potenzielle Gefahr für die Entwicklung einer Alkoholabhängigkeit erhöhen, sondern auch eine damit einhergehende Gefahr für das enge persönliche Umfeld der Konsumenten. Hilfsangebote ausbauen,
- Die **Studie des DJI und eine Studie des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund** weisen zwar darauf hin, dass die Zahl der in Jugendämtern bearbeiteten Kinderschutzfälle in dieser Phase nicht gestiegen ist. Dennoch gibt es Hinweise auf Unsicherheiten bei den Fachkräften und letztlich auf unerkannte Gewalt (Mairhofer u.a. 2020, Mühlmann/Pothmann 2020).

- Laut Anja Stahl, **Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) NRW** sind besonders Kinder von Alleinerziehenden vom Lockdown betroffen. Fast jede 5. Familie in Deutschland ist mittlerweile eine Einelternfamilie. In diesen Familien brachen teilweise durch die fehlende Kinderbetreuung ganze Systeme zusammen und Die Erwerbstätigkeit parallel zur Vollzeit-Betreuung der eigenen Kinder war nicht zu leisten. Neben finanziellen Einbußen war der Grad der Erschöpfung und Überlastung hier besonders groß, was zu Steigerung des Konfliktpotentials und die die Verschlechterung der psychosoziale Situation der Kinder führt.
- Laut der bundesweiten **Corona-KiTa-Studie** zur Untersuchung der Rolle der Kindertagesbetreuung bei der Ausbreitung von SARSCoV-2 über das DJI und das Robert Koch-Institut (RKI) lässt sich ableiten, dass die Übertragbarkeit des Virus über Kinder niedriger ist. (So waren an den 108 Corona-Ausbrüchen zwischen Februar und Oktober 2020 in den bundesweit 57.600 Kitas zu etwa zwei Dritteln erkrankte Erwachsene und nur zu ungefähr einem Drittel Kinder im Alter von unter sechs Jahren beteiligt).
- **Dr. Michael Hipp** (Arzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, Dozent der Fachhochschule Münster und der Hochschule Bremen und Mitbegründer des Förderkreises KIPKEL e.V. Prävention für Kinder psychisch kranker Eltern im Kreis Mettmann) kritisiert den Wegfall sozialer Unterstützungsangebote (z.B.), die bei den Familien neben der zusätzlich erschwerten Nähe-Distanz-Regulierung massiv das Stressniveau erhöht und damit neben diffusen Bedrohungsgefühlen und/oder Misstrauen einem die Gefahr gewalttätiger Übergriffe und schwerer Traumatisierung birgt. Dies fördert bei wegfallenden Hilfsangeboten zudem die vermehrte Konsumierung von Suchtmitteln und/oder Medienkonsum als Überlebensstrategie.
- Die Ergebnisse der **Umfrage der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Paracelsus Medizinischen Privatuniversität Nürnberg + Klinik für Abhängiges Verhalten und Suchtmedizin am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit (ZI) Mannheim** deuten darauf hin, dass die Befürchtung hinsichtlich des Risikos einer Alkoholkonsumsteigerung in der Allgemeinbevölkerung, wie sie von der WHO und in einem Kommentar in der Zeitschrift Lancet Public Health geäußert worden ist, zumindest für Deutschland nicht unbegründet ist
- **Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. Hamm, 25.05.2020** stellt fest, dass durch den Lockdown bedingte Rückgänge bei Entzugsbehandlungen Abhängigkeitserkrankter in psychiatrischen Kliniken und Krankenhäusern sowie das Fehlen von Beratungs- und Reha-Angeboten und damit den Zusammenbruch von notwendigen Behandlungsabfolgen massive Auswirkungen auf die neuralgische Schnittstellenarbeit und die gesamte Suchthilfe habe, während durch die Pandemie gleichzeitig die Suchterkrankungen steigen. Die DHS hat während der Corona-Krise auf die Systemrelevanz der Suchthilfe und Sucht Selbsthilfe hingewiesen. Die Versorgung von Menschen mit dieser bio-psycho-sozialen Erkrankung kann genauso wenig ausgesetzt werden, wie die Behandlung anderer somatischer und psychischer, chronischer und lebensbedrohlicher Krankheiten.
- Die **Jugendämter** sehen -laut einer Online-Befragung für das aktuelle „**Jugendhilfe-b@rometer**“ des **Deutschen Jugendinstituts (DJI)**, an der zwei Drittel aller Jugendämter teilgenommen haben- durch die Corona-Pandemie über alle Lebensbereiche hinweg deutlich negative Veränderungen im Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – allerdings in unterschiedlicher Intensität. Vor allem in den Bereichen schulische Teilhabe, Übergänge in Ausbildung, Kontakt zu Gleichaltrigen, Freizeitverhalten und Engagement in Vereinen und ehrenamtliche Aktivitäten sehen über 80% der Befragten eine Verschlechterung bis eine starke Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Insgesamt geben die Jugendämter an, dass alle Gruppen junger Menschen und Familien von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind. Besonders stark seien Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren und Kinder zwischen 6 bis unter 14 Jahren betroffen, aber auch Alleinerziehende und psychisch erkrankte Elternteile sowie Familien in prekären Lebenslagen. Die geringste Veränderung sehen die Befragten hingegen bei bildungsnahen Familien. Adressat*innen-Gruppen, die in Folge der Pandemie zusätzlich oder verstärkt in das Blickfeld der Jugendämter rücken, sind: junge Menschen mit psychischen Problemen und Suchterkrankungen sowie Familien mit geringen sozialen und materiellen Ressourcen. Hierbei handelt es sich insgesamt um ca. 3 4 Millionen Kinder und Jugendliche, die in diese Kategorien hineinfallen. Nach Einschätzung von 80-90% der befragten Jugendämter hat sich die Erreichbarkeit von Jugendlichen zwischen 14 bis unter 18 Jahren, von

Familien in prekären Lebenslagen und von psychisch erkrankten Eltern verschlechtert. Wenn junge Menschen aufgrund fehlender sozialer Orte und Kontakte nicht mehr erreicht werden können, dann gelingt auch der Einstieg in Förderprogramme und (präventive) Hilfsangebote schlechter oder verspätet.

Vor allem mit Blick auf die beiden Abschlussjahrgänge 2020/2021 drohen etwa 100.000 junge Menschen ohne Schulabschluss den Anschluss an eine weitergehende Qualifizierung zu verpassen. Vermutlich wird die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss deutlich darüber liegen. Die biografischen und gesellschaftlichen Folgen sind langfristig erheblich. Kommunikation mit Rat- und Hilfesuchenden aufgrund der Kontaktbeschränkungen erschwert. Ein Drittel der Jugendämter musste in seinen allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) sogar auf direkten, persönlichen Kontakt zu seinen Adressaten verzichten. Dies hat die Unsicherheit dieser Ämter über die tatsächliche Lage in den Familien deutlich verstärkt: Hier fanden es fast doppelt so viele Jugendämter problematisch, Hilfebedarf festzustellen oder den Kinderschutz aufrechtzuerhalten, als in jenen Jugendämtern, die weiterhin direkten, persönlichen Kontakt anbieten konnten.

- In einer **Positionierung des Deutschen Städtetages 27. April 2021** zur Situation der Kinder und Jugendlichen während der Corona-Pandemie wird auf den aktuell kontinuierlichen Anstieg des Bedarfs an Beratung und Intervention und der Zunahme von hilfesuchenden jungen Menschen hingewiesen. Der Städtetag fasst zusammen, dass die Studien bereits jetzt auf eine massive Auswirkung des langen Ausnahmezustands durch den Wegfall von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten auf die körperliche und seelische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hinweisen.

2. Empfehlungen / Maßnahmen aus den Studienergebnissen

- Vorhaltung einer Infrastruktur gem. des Aufgabenbereiches der §§ 11 bis 14 SGB VIII im Rahmen der kommunalen Pflichtaufgabe
- Ausbau, bzw. Wiederaufnahme präventiver Angebote
- Bedürfnisse von Heranwachsenden und deren Familien bei möglichen zukünftigen Pandemien oder weiteren Wellen der COVID-19-Pandemie stärker berücksichtigen
- Fokus auf Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen, mit Bildungsbenachteiligung aus bildungsfernen Familien und Familien mit Migrationshintergrund
- Stärkung der Jugendsozialarbeit in der Übergangsgestaltung von der Schule in den Beruf, eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche, Unterstützung von Betrieben
- Ausbau materieller und personeller Ressourcen für Angebote der Kinder- und Jugendarbeit
- Aufbau demokratiefördernder Ansätze, von Beteiligungsstrukturen für junge Menschen, von Zugängen zu politischen Prozessen
- Finanzierung von Nachhilfeangeboten
- Unterstützung von Vereinen, Engagement-Projekten, Selbstorganisationen von jungen Menschen
- „finanziertes“ freiwilliges „soziales Jahr“ für alle jungen Menschen
- Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie für die Kinder- und Jugendhilfe
- POST-Corona-Kinder- und Jugendhilfe-Corona-Gesamtstrategie
- Unterstützung von Familien bei der Schaffung einer Tagesstruktur unter Wahrnehmung der familiären Bedürfnisse zur Eskalationsprophylaxe durch Hilfen zur Erziehung
- Integration der Lebenswelten der Kinder in Konzepten und Kooperation
- kinder- und altersgerechte Aufklärung – Beherrschbarkeit der Gefahr vermitteln, Orientierung geben, damit sie nicht den Mut verlieren und in Depression abrutschen
- Ausbau niederschwelliger und therapeutischer Hilfen für Kinder

Dr. Michael Hipp fordert die Stärkung der Schnittstellenarbeit Gesundheitswesen und Sozialwesen, Jugendamt, den Schutz der Kinder, durch die Stabilisierung des äußeren Rahmens und rät zu Geduld und Akzeptanz seitens professioneller Hilfeanbieter. Laut DJI, Städtetag und Jugendämtern benötigen Fachkräfte angemessene Ressourcen für entsprechende Beziehungsarbeit, Stellen-

schlüssel und Fortbildung, Haltung gegenseitiger Wertschätzung und Selbstfürsorge, stabile Position um Eltern gutes Hilfeangebot zwischen Hilfe und Kontrolle machen zu können. Die DHS fordert zur Umsetzung durch Träger und Einrichtungen die Klarstellung der Systemrelevanz von Leistungen der Suchthilfe und Sucht-Selbsthilfe auf den zuständigen Landes- und kommunalen Ebenen, wo diese Einstufung bislang noch nicht erfolgte.

3. Praxisberichte zur Kinder- und Jugendarbeit während der Pandemie

2.6. 512/2 – Jugendarbeit - Streetwork

Streetwork Köln ist ein niedrigschwelliges Angebot, welches sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 27 Jahren richtet. Die Besonderheit von Streetwork liegt darin, dass Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen sich direkt in den Lebensraum der Klienten begeben (Lebensweltorientierung) und dort im öffentlichen Raum Kontakt aufnehmen und bei Bedarf passende Verbindungen herstellen. Weiterführend arbeitet Streetwork Köln im Einzelkontakt vertrauensvoll mit den jungen Menschen zusammen und schaut individuell welche Möglichkeiten für den Jeweiligen in Frage kommen. Streetwork Köln gliedert sich in bezirkliche Teams bestehend aus 2-4 Streetworker*innen im paritätischen Geschlechter-Verhältnis (Frau/Mann).

Seit Beginn der Pandemie wird ein deutlicher Rückgang von Jugendlichen im öffentlichen Raum beobachtet. Viele halten sich Zuhause auf und widmen sich der virtuellen Welt sowohl dem Gaming als auch Sozialen Medien wie Instagram u.Ä. Diese Jugendlichen sind besonders schwer zu kontaktieren, manche haben digitale Angebote der verschiedenen Akteure aus der Jugendhilfe angenommen, jedoch bleibt eine unbestimmte Personengruppe unerreicht.

Jungen Erwachsene und Jugendliche die im öffentlichen Raum anzutreffen sind, berichten vermehrt von angespannten Stimmungen Zuhause, bis hin zu häuslicher Gewalt. Dies treibt sie raus aus ihren Wohnungen. Draußen gibt es kaum Orte an denen sie sich aufhalten können, zumal es für junge Menschen aktuell eine große Herausforderung darstellt, ein Treffen unter Freunden auf eine Haushaltsanzahl zu begrenzen. Dies führt zu sozialer Ausgrenzung. Zudem gibt es in der Öffentlichkeit wenige Plätze an denen sie sich aufhalten können.

Beschwerden über Jugendliche und junge Erwachsene von Bürgern haben zugenommen. Häufig erlebtes Szenario von Streetwork sind Anwohner eines Spielplatzes/Park/grün Anlage, welche in ihrem Home Office junge Menschen beobachten wie sie sich treffen und vermeintlich „lärmen“.

Solche Situation führen zu Streitigkeiten und die jungen Menschen fühlen sich vertrieben.

Ein einhelliger Tenor aus allen Bezirken ist die Aussage von Jugendlichen, dass sie sich ausgegrenzt und ständig vertrieben fühlen, da sie keine alternativen Orte haben an denen sie sich aufhalten dürfen. Die Ausgangssperre hat diese Situation enorm verschlimmert, weil nun waren junge Menschen gezwungen in die Örtlichkeiten zu kehren, in denen ihnen durch drückende/bedrohliche Stimmung oder Gewalt zugesetzt wird. Die häusliche Atmosphäre wird wiederum vielerorts durch verschiedene Faktoren zunehmend belastet, welche ebenfalls durch die Pandemie verursacht wurden.

- Durch die Schwierigkeiten sich an die Zusammenkunft von Haushalten auf eine gewisse Anzahl zu begrenzen, kam es zu diversen Verstößen gegen die bestehenden Regelungen, dies wird mit 250€ geahndet. Dieser Betrag kann von den meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht beglichen werden, also geht dies zulasten der internen Familienkasse. Parallel dazu wird viel von Arbeitslosigkeiten berichtet von Klient*innen, sowohl selbst betroffen als auch von Familienmitgliedern. Entsprechend bedrohlich sind solche Zahlungen. Positiv zu erwähnen ist, dass ein Großteil sich trotz Corona-Müdigkeit an die bestehenden Regeln hält.
- Des Weiteren sind Ämter jeglicher Art schwer zu erreichen und haben verschiedene Barrieren die es zu überwinden gilt. Besonders Angelegenheiten die das Ausländeramt betreffen werden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonders beklagt, da dies meist auch mit einer existenziellen Angst zusammenhängt.
- Die Schulsituation führt zum Teil zur Resignation. Schüler die schon vor Pandemiebeginn Schwierigkeiten hatten berichten nun dass sie aufgegeben haben. Manche werden delinquent und sehen darin eine finanzielle Perspektive. Schulisch und beruflich fehlt es an Unterstützung und zum Teil auch an entsprechender Hardware. Auch die fehlenden Rhythmen und Strukturen

durch Schulpräsenz führen zu Rückzug und Unzufriedenheit sowie fehlendem Antrieb. Wer nicht mehr mitkommt erzählt von Überlastung und Sorge.

- Ähnlich frustrierend verhält es sich auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Angebote sind vermindert, entweder durch betriebliche finanzielle Schwierigkeiten wegen fehlender Einnahmen, Schließungen oder aber durch erschwerte Bedingungen bezüglich der Einhaltung von Hygiene-Maßnahmen. So kam es vielerorts zu Praktikumsabsagen, auch der Schulpraktika, welche im Frühjahr anstanden. Wieder eine vermeintliche Ablehnung.

Die Ausgrenzung die Jugendliche und junge Erwachsene aktuell erleben ist Bestandteil der meisten Rückmeldungen zur Situation. Außerdem noch die fehlenden Optionen von Sport und Freizeitangeboten, welche einen Ausgleich bieten würden. Viele unserer Klient*innen berichten von unaufhaltbarer Langeweile und fehlender Perspektive. Die fehlenden Perspektiven legen sich auf jeden Themenbereich nieder – Schule, Beruf, Freunde, Familie, Freizeit, Sport, ...

Insgesamt wünschen sich die Kölner Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche Streetwork antrifft, dass sie nicht ausgegrenzt werden oder Opfer des Unmuts der „Erwachsenen“ werden. Außerdem wollen sie wahrgenommen und ernst genommen werden in ihren Sorgen und Bedürfnissen.

Zu diesen Äußerungen gehört der deutliche Wunsch nach Zugang zum jeweiligen Jugendzentrum sowie zum jeweiligen Sport. Die jungen Menschen von Köln wollen und brauchen Orte an denen sie sein dürfen und das geschützt und berechtigt. Des Weiteren müssen Perspektiven geschaffen werden, damit sich die Resignation die bei vielen einkehrt nicht verfestigt und auflösen kann. Auch die Berichte über psychische Belastungssymptome bis hin zu Diagnosen häufen sich stetig. Doch geholfen werden kann nur wenigen, da auch hier die geringen Kapazitäten zu Ablehnungen führen.

2.7. Jugendberufshilfe (512/4)

Während der gesamten Zeit der Pandemie bestanden und besteht regelmäßiger Austausch, sowohl mit Jugendlichen direkt (über die Beratungsstelle und die Jugendberufsagentur) als auch mit Trägern der Jugendberufshilfe, über regelmäßige digitale Austauschtreffen und Arbeitskreisen. Die folgenden Beobachtungen wurden gemacht und können als praktischer Beleg für die Ergebnisse der angefügten Studien dienen:

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Lernrückstände, mangelnde berufliche Orientierung, Verlust von Tagesstruktur, Antriebslosigkeit, allgemeine Orientierungslosigkeit und Perspektivlosigkeit die aktuelle Situation der Zielgruppe der Jugendberufshilfe kennzeichnen. Hinzukommend wurde bei Jugendlichen mit Migrationsgeschichte festgestellt, dass durch die anhaltende Homeschooling-Zeit der praktische Sprachgebrauch gelitten hat - eigentlich schon überwundene Sprach- und Verständnisprobleme manifestierten sich erneut. Insgesamt wird beobachtet, dass bestimmte Jugendliche (z. B. solche mit psychischen Vorbelastungen) vom Radar verschwinden und völlig abtauchen, da die Erreichbarkeit über bestehende Kanäle nicht mehr gegeben ist.

Fehlender Ausstattung mit digitalen Endgeräten und fehlende digitale Kenntnisse der Teilnehmenden; haben erschwerte Zugangsmöglichkeiten zur Folge, da digitale Formate – egal ob im Bereich Homeschooling, zur Kontakthaltung oder zwecks Anmeldung für Schulplätze o.ä. – oftmals große Hürden darstellen. Im Detail wurden folgende Beobachtungen gemacht:

- Direkte Beratungsanfragen sind zu Beginn des Jahres eher rückläufig. Aktuell viele Ratsuchende mit breitgefächerten Problemlagen.
- Anfragen von Trägervertreter*innen / Betreuer*innen aus Jugendwohnheim o.ä. häufen sich.
- Zunahme von telefonischen Kontakten besorgter Eltern: Schwerpunktthemen: ausufernde Mediennutzung, multiple Problemlagen bei der Umsetzung des Homeschooling.
- Zunahme von Beratungsanfragen von Ratsuchenden mit psychischen Erkrankungen/Auffälligkeiten.
- Anstieg psychischer Belastung auf Grund von Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit sowie fehlendem Kontakt zu Gleichaltrigen
- Erschwerte Vermittlungen in Ausbildungsbetriebe. Teilweise Vermittlung nicht möglich, da in vielen eher niedrigschwellige Ausbildungsbereiche aktuell kaum Auszubildende eingestellt werden.

- Medienkompetenzen der Teilnehmenden nur unzureichend vorhanden (E-Mail öffnen, Dateien versenden, etc.)
- Anmeldungen über Schüler-Online zu Bildungsgängen der Berufskollegs schwierig, da viele geeignete Bildungsgänge schon voll besetzt sind.
- Bildungsrückstände durch mangelnde digitale Ausstattung und fehlende Tagesstruktur zur Umsetzung von Homeschooling.
- Zu Jahresbeginn steigende Anfragen zur Aufnahme in die „Projekte zur Verhinderung schulischen Scheiterns“ (Schulmüden-Einrichtungen); derzeit stagnierende Anfragen, Unsichtbarkeit schulmüder Schüler*innen im System Schule durch Schulschließungen.
- Aufrechterhaltung des regulären Werkbetriebes in den Jugendwerkeinrichtungen schwierig, z. T. unmöglich.
- Digitale Umsetzung des Werkbetriebes trotz kreativer Lösungsversuche nur sehr eingeschränkt möglich.
- Stark erschwerte Praktikumsplatzsuche, z. T. waren Durchführungen gar nicht möglich.
- Beantragung von digitalen Endgeräten beim Jobcenter durch Träger anhaltend schwierig.
- selbst bei Bereithaltung von Endgeräten scheitert eine adäquate Nutzung häufig an nicht vorhandenem WLAN/Internetzugang zu Hause.

Diese Beobachtungen wurden in den bestehenden Strukturen/Maßnahmen der Jugendberufshilfe/Jugendsozialarbeit wie folgt berücksichtigt:

- Alle Träger entwickelten und entwickeln fortlaufend Notfallpläne, unter ständiger Berücksichtigung der jeweils aktuellen Corona-Schutz-Verordnungen. Dabei werden die Grenzen der Möglichkeiten stets im Blick gehalten und genutzt.
- Der Focus der Jugendwerkeinrichtungen lag und liegt im Bereich der Unterstützung zur Umsetzung von Homeschooling und im Bereich Beziehungsarbeit/Teilnehmerbindung.
- Die Einrichtungen versuchen die Beziehung zu Jugendlichen über praktikierbare Kanäle zu halten (viel 1:1-Betreuung/Beratung, telefonischer Austausch und Hausbesuche, Ausbau der Geh-Strukturen).
- Vermehrter Elternkontakt durch den Ausbau von telefonischem Austausch – hier gab es viele positive Rückmeldungen.
- Umgestaltung werkpädagogischer Formate hinzu Online-Einheiten (z.B. Herstellung Garderobenhaken).
- Die Beratungsangebote erfuhren eine Umstellung auf digitale (Mail) und telefonische Formate. Wobei festzuhalten ist, dass die ebenfalls angebotene Notfallberatung in Präsenz, als nachhaltigstes Mittel für erfolgreiche Beratung erlebt wurde.
- Auf der Ebene der Koordination wurde das Beratungsformat „Beratung für unversorgte Abgangsschüler*innen“ in 2020 und in 2021 auf Kölner Realschulen (zuvor nur Hauptschulen) ausgeweitet.
- Die Koordination der Jugendberufshilfe beteiligt sich an der AG „Abgangsschüler*innen“ von KAOA – bestehend aus Vertreter*innen von HWK, IHK, Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter sowie Schule - zur Entwicklung von Formaten zur Sicherstellung gelingender Übergangsgestaltung.
- Das Sachgebiet Jugendberufshilfe befindet sich überdies und pandemieunabhängig im Ausbau rechtskreisübergreifender Zusammenarbeit, durch die Einrichtung der Jugendberufsagentur, die Ausweitung Unversorgten-Beratung und Beteiligung an der Planung von Angeboten nach §16h SGB II. Dieser Ausbau entspricht dem grundsätzlichen Arbeitsverständnis und kann im Blick auf Corona-Folgen als hilfreicher Baustein zur Abmilderung von Langzeitfolgen für den Übergangsbereich angesehen werden.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die bestehenden Strukturen der Jugendberufshilfe/Jugendsozialarbeit, mit ihren partizipativ ausgerichteten Angeboten, wie etwa Jugendwerkeinrichtungen, Schulmüden-Einrichtungen, Beratungsangebote und Angebote zur

Lernförderung, von ihrer Konzeption und Zielsetzung¹ her geeignet sind, negativen Langzeitfolgen, in Bezug auf den Übergang in Ausbildung/Schule/Beruf für die Zielgruppe², entgegen zu wirken. Es ist bisher gelungen den Satus Quo zu halten. Im Folgenden werden theoretische Überlegungen und Planungen zur Verringerung von Langzeitfolgen für die Zielgruppe in Bezug auf bestehende Strukturen gelistet. Sie können dazu beitragen die bestehende Struktur bedarfsgerecht auszubauen. Für diese gelisteten Überlegungen/Planungen gibt es derzeit keinen finanziellen Unterbau:

- Wieder- Einsatz von sogenannten „Stützlehrer*innen“ in den JWE`s um die Lern- und Sprachrückstände der Zielgruppen adäquat auszugleichen, da eine reguläre Beschulung an den Arbeitsvorbereitungsklassen der Berufskollegs hier auf Grund der massiven Rückstände keine ausreichende Unterstützung bieten kann.
- Fortbildung / Mitarbeiterschulung zu Digitalisierung und Medienkompetenz, um diese fachlich in die Lage zu versetzen, die Jugendlichen entsprechend zu coachen und zur Selbsthilfe befähigen zu können.
- Einrichtung niedrigschwelliger digitaler Formate / social media Kanäle, um Erstkontakt für schwer erreichbare Jugendliche über zielgruppenrelevante Kanäle zu ermöglichen (vgl. Jugendamt Mülheim an d. Ruhr).
- Ausstattung der Mitarbeiter*innen der städt. Beratungsstelle mit Mobiltelefonen, damit diese die Formate auch praktisch nutzen können.
- Entwicklung von neuen, an die Lebenswelt der Jugendlichen angepassten, Jugendwerkstatt-Formaten, wie etwa JWE + Wohnen, JWE für Förderschüler*innen, JWE mit angepassten Werkbereichen (z.B. IT-Werkstatt)
- Ausweitung der Unversorgten-Beratung auf Kölner Förderschulen mit den Schwerpunkt soziale & emotionale Entwicklung.
- Ausweitung unabhängiger Sozialberatung oder erhöhte Personalressource, um dem umfangreichen Beratungsbedarf vieler Ratsuchender gerecht werden zu können.

2.8. Jugendpflege (512/5)

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie, der ersten Coronaschutzverordnung sowie erstmaligen Schließung der Einrichtungen der Offenen Kinder und Jugendarbeit (OKJA) im März 2020 gab und gibt es einen sehr engen Austausch zwischen den Trägern bzw. Einrichtungen und Akteuren der OKJA und den Bezirksjugendpflegern. In bezirklichen Arbeitskreisen und Gremien-in persönlichen Gesprächen und auch in digitalen Formaten- wurden und werden regelmäßig mit den jeweiligen Trägern, Einrichtungen und weiteren Akteuren im Sozialraum, die aktuell gültigen Einschränkungen und Möglichkeiten der Arbeit mit den jungen Menschen laut aktuell gültiger

Coronaschutzverordnung besprochen und diskutiert. Im Vordergrund standen stets die Bedürfnisse und Belange der Kinder und Jugendlichen. U.A. wurde über den partizipativen Ansatz der Befragung (per Brief, über WhatsApp-Gruppen, Facebook, Instagram, usw.) die Zielgruppen aufgefordert ihre Wünsche und Bedürfnisse mitzuteilen und dementsprechend die analoge und digitale Angebotsstruktur der Jugendzentren anzupassen. Hierauf aufbauend wurden die analog und digital möglichen Angebote generiert und fortlaufend modifiziert.

Das dynamische Pandemiegeschehen machte mit den immer wieder veränderten Rahmenbedingungen gem. Coronaschutzverordnung die fachliche Arbeit mit den jungen Menschen umso herausfordernder. Die vormals verlässlichen Strukturen in Familie, Schule Sportvereinen und den Jugendzentren brachen zeitgleich weg. Die somit zunehmende Unsicherheit, Zukunftsangst und Sorgen spiegelten sich somit auch bei den Kindern und Jugendlichen wieder. Somit bestand die nächste große Herausforderung darin, die jungen Menschen weiterhin zu motivieren, aktiv an der Gestaltung der Angebote zu partizipieren. Eine zunehmende „digitale Müdigkeit“ wurde bei der Zielgruppe wahrgenommen. Dies ist nach Befragung der Schüler*innen dem zumeist ganztägigen Format der Online-Beschulung und anschließender Bearbeitung von Hausaufgaben im digitalen Format geschuldet. Die meisten Kinder und Jugendlichen haben schlichtweg kein Interesse auch

¹ 1.: Zielsetzungen = Stabilisierung von Persönlichkeit, Training von Schlüsselkompetenzen, Schaffung von Anschlussperspektiven und gesellschaftliche Teilhabe.

² 2.: Zielgruppe der JBH = Jugendliche mit multiple Problemlagen (vgl. §13 SGB VIII)

noch am Nachmittag oder Abend mit den Jugendzentren digital in Kontakt zu treten. Ältere Jugendliche und junge Erwachsene waren und sind aktuell durch die Regelungen gem. der Coronaschutzverordnungen benachteiligt. Einzige Ausnahme zur persönlichen Kontaktaufnahme war und ist der zulässige 1:1-face-to-face-Notkontakt seitens der Mitarbeiter*innen der Jugendzentren. Somit suchten sich diese im Verlauf der Pandemie ihre eigenen unbeobachteten Nischen und sind für die Fachkräfte der OKJA und Streetwork Köln kaum noch erreichbar. Die Fachkräfte der OKJA sowie die Bezirksjugendpfleger*innen nehmen eine Zunahme der psychischen Belastung bei den Kindern und Jugendlichen jedoch auch bei den Eltern und Sorgeberechtigten wahr. Hier wurde sichtbar, dass Jugendliche und Kinder die bereits vor der Corona-Pandemie unter benachteiligten Umständen aufwuchsen weitaus größere Defizite, wie im schulischen Bereich, zu erwarten haben. Hierauf wurde reagiert und zusätzliche Angebote wie z. B. telefonische „Seelsorge“- Angebote via Telefon oder WhatsApp sowie zusätzliche Angebote im 1:1-Kontakt im öffentlichen Raum eingerichtet. Dies entspricht der vermehrten Forderung der jungen Menschen, die sich in der Coronaschutzverordnung nicht mehr ausreichend berücksichtigt finden. Somit finden fortwährend Anpassungen gemäß den Wünschen und (vermuteten) Bedarfen der Kinder und Jugendlichen statt.

Aus dieser Ausgangslage resultierende Bedarfe der jungen Menschen sind z. B.

- Mehr Sport- und Bewegungsangebote
- Öffnung des offenen Bereichs in den Kinder- und Jugendzentren
- Mehr mobile Angebote –auch als weiteres Kontaktangebot im Bezirk
- Mehr Unterstützung im Übergang Schule-Beruf (Praktika und Ausbildungsplatzsuche)
- Kompensation schulischer Defizite
- Mehr Elternarbeit, da auch hier die Belastungen stark zunehmen

Maßnahmen in diesem Sinne wären (auch im Hinblick auf die Maßnahmenplanung der Bundesregierung)

- der Ausbau der vorhandenen Sport-Bewegungs-sowie Ernährungsprogrammen wie z. B. „Gut drauf“
- Ausbau der Schulsozialarbeit
- Erhöhte Unterstützung von Familiengrundschulen in ihrer Lots*innen-Funktion für die Familien
- Mehr niedrigschwellige Angebotsstrukturen

2.9. Allgemeiner Sozialer Dienst (515)

Direkt mit Beginn des ersten Lock Downs im Frühjahr 2020 hat das Amt für Kinder, Jugend und Familie Vorkehrungen getroffen, den Schutz der Kinder und Jugendlichen soweit es eben ging sicherzustellen.

Dazu zählte

- die Abstimmung mit allen Kindertagesstätten und Schulen in Köln zur Aufnahme von „gefährdeten Kindern“ im Rahmen der Notbetreuung, die ursprünglich nur für die Betreuung von Kindern deren Eltern im Bereich der „kritischen Infrastruktur“ tätig waren, vorgesehen war. Diese Kölner Lösung wurde später auch landesweit umgesetzt.
- Festlegung von Mindestarbeitsstandards für die Bereiche des Allgemeinen Sozialen Dienstes, des Pflegekinderdienstes, JGH, UMA-Erstaufnahme und Amtsvormundschaft, um den Kontakt zu den dem Jugendamt bekannten Familien aufrechtzuerhalten. Hausbesuche wurden und werden dabei oftmals durch Treffen im Freien oder Video – bzw. Telefonkonferenzen ersetzt.
- Prioritäre Ausstattung des Gefährdungsmeldung-Sofort-Dienstes (GSD) des Jugendamtes mit Schutzausrüstung, um einen nahtlosen „Rund um die Uhr Dienst“ ohne Einschränkung aufrechtzuerhalten.
- Bewilligung von Helferstunden für Integrationshelfer an Schulen, damit diese die Kinder beim Homeschooling unterstützen.
- Schaffung einer zusätzlichen Notaufnahmegruppe um auch an Covid 19 erkrankte bzw. unter Quarantäne stehende Kinder und Jugendliche in Krisensituationen aufnehmen und betreuen zu können.

- Absprachen mit den Fach- und Familienberatungsstellen zur Umstellung der Arbeitsabläufe auf Online-Kontakte um den Kontakt zu Eltern und deren Kinder aufrechtzuerhalten.

Je nachdem wie sich die Vorgaben des durch den Bund angekündigten Aktionsprogramms ausgestalten, ist die Jugendverwaltung interessiert, auch den Bereich der Beratungsarbeit zu intensivieren um möglichst jeden bestehenden oder kommenden Unterstützungsbedarf von Familien und deren Kindern abzudecken.

2.10. Schulsozialarbeit (404/6)

Mittlerweile sind an über 150 Schulen aller Schulformen in Köln Schulsozialarbeitende tätig. Die Schulsozialarbeit setzt sich aufgrund ihres Berufsethos generell für Vielfalt und Toleranz ein. Die sozialpädagogischen Angebote richten sich an alle Kinder und Jugendlichen und verfolgen das Ziel, Verschiedenheit wahrzunehmen und anzuerkennen, Diskriminierungen und sozialen Ausschlüssen entgegen- und auf eine inklusive Gesellschaft hinzuwirken. Sie sorgt für eine Sensibilisierung bezüglich LSBTI-Themen in der Schule. Fachkräfte sind mit den entsprechenden Fachdienststellen vernetzt und erhalten Fortbildungsangebote zu „Sexueller Vielfalt“ und sind in schulische Programme, wie z. B. „Schule ohne Rassismus“ involviert.

In Zeiten des Distanzunterrichts und des Lockdowns gehört es zu den primären Aufgaben der Schulsozialarbeit, Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen zu halten. Neben Einzelgesprächen bei Spaziergängen oder vom Fenster zur Straße und vielen auf Flexibilität basierenden Maßnahmen, wurden die Fachkräfte mit Diensthandys ausgestattet, um auf digitalem Weg Beziehungen aufrecht zu erhalten. Insgesamt ist jedoch noch nicht abzusehen, wie sich die Pandemie auf Kinder und Jugendliche tatsächlich auswirkt. Da erst jetzt der Unterricht wieder in Präsenz stattfinden wird, gilt es wahrzunehmen, wie und ob Schüler*innen in den Schulalltag zurückkehren und Angebote zu gestalten, die auf deren Bedürfnisse eingehen.